

## Kongreß des verantwortungsbewußten Realismus

Ein gutes Jahr vor dem 4. Bundeskongreß des DGB hatten einige Politiker versucht, die organisierte Arbeitnehmerschaft wieder wie vor 1933 in weltanschaulich geschiedene Richtungsgewerkschaften aufzuspalten. Diese Kräfte warfen dem DGB vor, daß er unserer demokratisch gewählten Regierung grundsätzlich feindlich gegenüberstünde und den marxistisch-klassenkämpferischen Einflüsterungen des Ostens immer wieder erliege. Wie töricht dieses Gerede von der parteipolitischen Einseitigkeit und vom Radikalismus der deutschen Gewerkschaften ist, ist allein schon dadurch schlagend bewiesen, daß die neuentstandene Splittergewerkschaft organisatorisch ohne jede Bedeutung blieb.

Die letzte Aufklärung über die Haltlosigkeit dieser Anschuldigungen gab der Bundeskanzler selber, als er in seiner Begrüßungsansprache den Delegierten und Gästen des vierten ordentlichen Bundeskongresses erklärte, daß es eines der Hauptverdienste der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung sei, unsere demokratische Lebensordnung bisher vor östlichen Infiltrationsversuchen erfolgreich bewahrt zu haben.

Dem Bundeskanzler wie auch den anderen Repräsentanten der westdeutschen Politik, die bei der Eröffnung des Kongresses in Hamburg anwesend waren, wird es wohl nicht entgangen sein, daß es dem DGB in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften der anderen Länder unserer freien Welt nicht nur um die Abwehr der bolschewistischen Bedrohung geht, sondern daß sie in diesem Zusammenhang gleichzeitig bei der Verwirklichung von Freiheit und Menschenwürde um ein System sozialer Gerechtigkeit kämpfen, um so der kommunistischen Infiltration jeden Nährboden zu entziehen. Nur so kann auch überhaupt sinnvoll die andere Äußerung des Bundeskanzlers verstanden werden, daß er sich das wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik ohne die Gewerkschaften gar nicht mehr vorstellen könne.

### *Politische Entschließungen wurden diskutiert*

Die im Unterschied zu manchen früheren Kongressen des DGB offenere Atmosphäre war nicht zuletzt darin begründet, daß sich die Delegierten und die Kongreßleitung die zur Diskussion strittiger Punkte notwendige Zeit nahmen. So war es eigentlich selbstverständlich, daß sich bei der Behandlung einiger politischer Entschließungen diejenigen Delegierten zu Worte meldeten, die sich parteipolitisch zur CDU bekannten und an einigen Formulierungen der Entschließung zur Frage der Kriegsdienstverweigerung und der Entschließung „Militärische Abrüstung — soziale Aufrüstung“, eingebracht von der Industriegewerkschaft Metall, Anstoß nahmen. In der erstgenannten Entschließung lehnten sie ab, daß die Wehrdienstverweigerung auch aus „politischen Motiven“ abgeleitet werden könne. Bei der anderen Entschließung wurde der Widerspruch der zur CDU gehörenden Delegierten durch die Feststellung erregt: „Der DGB lehnt die Wiederaufrüstung in beiden Teilen Deutschlands nach wie vor ab.“ Fragwürdig erschien diesen Delegierten auch der vorletzte Absatz der Entschließung, in dem es heißt: „Der DGB wird die Kräfte unterstützen, die willens und fähig sind, mit demokratischen Mitteln die Wiederbewaffnung im gespaltenen Deutschland und die Wehrpflicht wieder rückgängig zu machen.“

In einigen sehr eindrucksvollen Diskussionsbeiträgen versuchten Delegierte aus diesen Kreisen deutlich zu machen, daß es nicht Aufgabe einer Gewerkschaft sein kann, in dieser Weise politische Entscheidungen vorwegzunehmen. Dies gelte insbesondere für Gewerkschaften, die Mitglieder der verschiedensten politischen Auffassungen sammeln. Trotz der teilweise recht gut begründeten Änderungsvorschläge wurden diese Entschließungen dann doch gegen etwa 20 Stimmen vom Kongreß angenommen.

Es sind in der Presse Überlegungen angestellt worden, warum nicht alle 36 der CDU nahestehenden Delegierten gegen diese Entschließung gestimmt haben. Dies wurde damit

begründet, daß eben die Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht quer durch alle Parteien ginge. Dies mag zum Teil stimmen; wichtiger scheint jedoch eine andere Tatsache zu sein. Bei der Diskussion über die genannten umstrittenen Formulierungen war nämlich völlig untergegangen, daß es in der EntschlieÙung u. a. auch den sehr klaren Hinweis gibt, daß dem DGB unter den gegebenen Verhältnissen, nämlich denen der militärischen Wiederbewaffnung, eine Reihe dringender Aufgaben erwachsen. Diese Aufgaben sind identisch mit den Bemühungen des seit Jahren im Verteidigungsministerium tätigen Grafen *Baudissin* (und mit ihm der demokratischen Parteien), die neue Bundeswehr nicht wieder zu einer Brutstätte reaktionärer und nationalistischer Kräfte zu machen. In dieser Aufgabe sind sich nämlich alle demokratischen Kräfte in den politischen Parteien wie in den Interessenverbänden einig. Jeder vernünftige Mensch heute weiß, daß eine Bundeswehr ohne wirksame demokratische und parlamentarische Kontrolle die aus den Zeiten der Weimarer Republik sattem bekannten Gefahren wieder heraufbeschwören würde. So hat sicher die Zustimmung zu diesen gewerkschaftlichen Aufgaben, wie sie in der genannten EntschlieÙung festgelegt sind, bei manchem den Ausschlag dafür gegeben, trotz der beanstandeten Stellen für diese EntschlieÙung zu stimmen. *Fritz Biggeleben*, Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall, hat schließlich nach der Abstimmung noch bekanntgegeben, daß die Ablehnung der EntschlieÙung durch Delegierte, die der CDU nahestehen, nur im Blick auf die beiden beanstandeten Formulierungen erfolgt ist, daß die dagegen stimmenden Delegierten aber mit der EntschlieÙung in ihren anderen Teilen völlig einverstanden sind.

Es lohnt sich wirklich, sich mit dieser Diskussion ausführlich auseinanderzusetzen. Nicht nur, weil sie zweifellos als ein Höhepunkt des Kongresses empfunden wurde; denn sie machte deutlich, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaften in echt demokratischer Weise ausgetragen werden. Sie zeigt auch gleichzeitig die Schwächen des Verfahrens der miteinander ringenden Gruppen, die es dann schließlich auch verhinderten, daß man zu einem für alle Teile tragbaren Kompromiß gekommen ist. Es kann nicht bestritten werden, daß die Argumente der Opponenten trotz gelegentlich massiver Vortragsart durchaus sachlich waren. Man spürte den verschiedenen Diskussionsbeiträgen der CDU-Anhänger an, daß es ihnen mehr um Verständnis für ihre Fragen ging, als um eine bloÙe Polemik. Es hätte hier zweifellos eine echte Diskussion entstehen können, wie wir sie vielfach auf parteipolitischer Ebene vermissen. Die Reaktion der bedingungslosen Anhänger der EntschlieÙung hat dieses Gespräch leider nicht zustande kommen lassen. Vielleicht waren sie mit einem gewissen Recht enttäuscht, darüber, daß die auf einmal vorgebrachten Beanstandungen nicht schon vorher bei der dafür zuständigen Antragskommission bekanntgegeben wurden. Die Befürworter dieser EntschlieÙung hatten wohl schon im stillen damit gerechnet, daß es auf diesem Kongreß überhaupt keine Beanstandungen in dieser Richtung mehr geben würde, nachdem es auf dem letzten Bundeskongreß in Frankfurt nur vier Delegierte waren, die gegen die dort gefaÙte und inzwischen berühmt gewordene WehrbeitragsentschlieÙung gestimmt hatten.

So mußten sich die der CDU nahestehenden Delegierten mit dem Achtungserfolg von rund 20 Gegenstimmen, also fünfmal soviel wie in Frankfurt, begnügen. Die bedeutendste Schwäche dieser Gruppe, und damit wohl auch ein Grund für die ungenügende Berücksichtigung ihrer Anliegen bei den politischen EntschlieÙungen, war die Zweideutigkeit bei der Bestimmung ihres eigenen Standorts. Anstatt offen zuzugeben, daß sie sich in den strittigen Fragen parteipolitisch überfahren fühlten, bezeichneten sie sich als Vertreter der christlichen Arbeitnehmer. Ein Delegierter versuchte sogar, eine Unterscheidung dadurch zu konstruieren, indem er „christlich-sozial“ und „freiheitlich-sozialistisch“ gegenüberstellte. Solche verschwommenen Definitionen helfen nicht weiter, sondern verwirren die Situation nur noch mehr. Sie können zumindest nach evangelischem Verständnis nicht unwidersprochen bleiben, wenn die Gefahr vermieden werden soll, daß die zur SPD

gehörenden oder ihr nahestehenden Christen ständig mit dem unausgesprochenen Vorwurf diffamiert werden, sie seien keine Christen. Hier tauchen seelsorgerische und kirchenpolitische Aspekte auf, an denen die Geistlichen beider Konfessionen nicht achtlos vorübergehen können. Unter den Delegierten waren nicht nur evangelische, sondern auch katholische Christen, die bei der Gegenüberstellung von „christlich-sozial“ und „freiheitlich-sozialistisch“ mehr als ein Unbehagen empfanden.

#### *Wiedervereinigung oberstes Ziel aller Deutschen*

In dem einmütig angenommenen Manifest zur Wiedervereinigung bezeichnet der vierte ordentliche Bundeskongreß die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit als ein vordringliches Gebot der nationalen und internationalen Politik. Mit dem Hinweis, daß die Proklamation des Wunsches auf Wiedervereinigung nicht ausreicht, wendet sich der Bundeskongreß an das deutsche Volk und appelliert an dessen Verantwortung, eigene Wege zur Verwirklichung dieses Zieles aufzuzeigen. Mit Recht wendet sich der Bundeskongreß sowohl gegen die Unterdrückung der Freiheit, der Menschenwürde und des Rechts in der sowjetisch besetzten Zone wie gegen die Versuche, überholte wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustände in der Bundesrepublik wiederherzustellen. Eine vom neugewählten Bundesvorstand unverzüglich einzusetzende Kommission soll bis zum 1. Mai 1957 Vorschläge ausarbeiten, die sich mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit befassen. Insbesondere werden hierbei Vorschläge für die zukünftige Wirtschafts- und Sozialordnung eines wiedervereinigten Deutschlands auszuarbeiten sein, weil hier die Gewerkschaften am unmittelbarsten beteiligt sind. So wenig man die Wirtschafts- und Sozialordnung von der neu zu schaffenden staatlichen Ordnung trennen kann, so sehr müssen sich die Gewerkschaften davor hüten, nur Vorschläge zu Teilen der Staatsverfassung zu machen, die eindeutig in die Zuständigkeit der politischen Parteien gehören. Dies nicht zuletzt, um allen wie politische Parteien tätigen Interessenorganisationen der Sowjetzone die Möglichkeit zu nehmen, als Tarnorganisationen der SED Einflüsse geltend zu machen; denn es waren nicht zuletzt auch die in den sowjetzonalen Scheinparlamenten sitzenden Vertreter des FDGB und ähnlicher Organisationen, die das System der Unterdrückung in den Sattel gehoben haben.

Bei den politischen Parteien in der Bundesrepublik sollte aber auch Klarheit darüber bestehen, daß auch die Gewerkschaften Sprecher des unabänderlichen Wiedervereinigungswillens der deutschen Arbeitnehmerschaft sind. Dies verpflichtet sie, geeignete Vorschläge zu unterbreiten, wie man dem Ziel der Wiedervereinigung näherkommen kann und welche Maßnahmen geeignet sind, bei einer Wiedervereinigung Deutschlands eine Wirtschafts- und Sozialordnung zu schaffen, die den Nährboden einer gesunden demokratischen Staats- und Lebensordnung für das deutsche Volk bildet.

#### *Sozialreform längst überfällig*

In einem großen Referat hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Prof. *Ludwig Preller* noch einmal in anschaulicher Weise die vor uns liegenden sozialpolitischen Aufgaben skizziert. Er hat den großen Rahmen aufgezeigt, in dem nun endlich die längst überfälligen Entscheidungen über die vorliegenden Pläne zu einer Rentenversicherungsreform getroffen werden müssen. Niemand wird den Gewerkschaften verargen können, daß sie gerade in dieser Frage mit besonderer Heftigkeit auf eine endliche Lösung drängen. Die Rentner von heute, deren Not es zu lindern gilt, waren Arbeitnehmer von gestern, und die Arbeitnehmer von heute fragen schon mit Recht nach den Bemühungen des Staates, ihren Lebensabend unter menschenwürdigen Verhältnissen zu sichern. Der Bundeskanzler hatte dem Kongreß in seiner Eröffnungsansprache versprochen, daß die Produktivitätsrente nun endlich komme. Auch der Bundesarbeitsminister *Storch* hat sich als erster Redner in der Diskussion über das Referat Prof. Prellers nachdrücklich hinter die

Forderungen der Gewerkschaften gestellt. Er wies auf das Anwachsen des Bruttosozialproduktes in der Bundesrepublik hin, das in den ersten Nachkriegsjahren unter 50 Milliarden Mark lag, während unsere Volkswirtschaft heute einen Größenwert von 160 Milliarden Mark darstellt. Er bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Rentner von diesem Wertzuwachs einen gerechten Anteil erhalten müssen. Der Bundesarbeitsminister verwarf entschieden gegen das Argument, daß höhere Renten automatisch zu einer solchen Kaufkraftsteigerung führen würden, die Warenverknappungen und Preiserhöhungen notwendig macht. Die Delegierten haben die Versprechungen des Kanzlers und des Arbeitsministers der gegenwärtigen Regierung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Von der Regierung und den sie tragenden Parteien wird es abhängen, den Beweis dafür anzutreten, daß die Gewerkschaften diesen Versprechungen mit Recht Vertrauen schenken.

*Wirtschaftspolitik bleibt wie bisher*

Das mit Spannung erwartete wirtschaftspolitische Referat von *Otto Brenner* über das „Aktionsprogramm des DGB“ und die sich daran anschließende Diskussion bot allen denen keine Angriffsflächen mehr, die die Gewerkschaften bisher in oberflächlicher Weise so gern mit dem Vorwurf der Unsachlichkeit und des Radikalismus abgetan haben.

In dem vielbeachteten Referat und der folgenden Diskussion wurde der Wille der Gewerkschaften deutlich, sich mit den Realitäten des wirtschaftlichen Lebens sachlich im Interesse der Arbeitnehmer auseinanderzusetzen. Es wurde deutlich, daß sich die Gewerkschaften nach wie vor zu den auf dem Gründungskongreß des DGB in München einstimmig beschlossenen wirtschaftspolitischen Grundsätzen bekennen. Die Bedeutung des Brennerschen Referates liegt insbesondere auch darin, als es die Beziehungen dieser Münchener Grundsätze zu den aktuellen Forderungen des DGB, wie sie im Aktionsprogramm formuliert sind, deutlich macht.

Brenners Ausführungen über die wirtschaftspolitische Situation, in der wir uns heute befinden, unterscheiden sich wohltuend von der rein im Negativen beharrenden Darstellungsweise, die das wirtschaftspolitische Referat von *Dr. Viktor Agartz* auf dem vergangenen Frankfurter Kongreß auszeichnete.

Es blieb der Bundesregierung nicht erspart, aus dem Munde des Referenten und mancher Diskussionsredner bittere Worte der Kritik in Empfang zu nehmen, besonders wegen ihrer Art der Behandlung der Fragen der überbetrieblichen Mitbestimmung. Brenner wehrte sich entschieden gegen die Schaffung eines Bundeswirtschaftsrates, der ohne die Schaffung entsprechender Instanzen auf Landesebene ein funktionsunfähiges Organ bleiben würde, das bestenfalls eine gewisse Beratung der Regierung, allerdings ohne jede Verbindlichkeit, vornehmen könnte. Wahrscheinlich wird man diesen Teil der Ausführungen Brenners nur dann richtig verstehen, wenn man ihn im Zusammenhang mit den Gesprächen sieht, die er und *Walter Freitag* mit dem Bundeskanzler in diesem Sommer auf der Bühler Höhe geführt haben.

Es kann wohl mit Recht angenommen werden, daß Brenner bei diesen Gesprächen Auffassungen des Bundeskanzlers über den zu schaffenden Bundeswirtschaftsrat bekanntgeworden sind, die mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen über eine wirksame überbetriebliche Mitbestimmung unvereinbar sind. Brenner versäumte es, in dieser Frage noch einmal den Standpunkt der Gewerkschaften deutlich herauszustellen und zu erläutern. Darum mußte er sich in der Diskussion auch gefallen lassen, daß Delegierte ihm vorwarfen, er wolle die überbetriebliche Mitbestimmung überhaupt nicht mehr.

Immerhin hat auch in den wirtschaftspolitischen Fragen der Kongreß erneut die gewünschte Klarheit gebracht. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften werden auch in Zukunft mit allen Mitteln bei der Verteilung des Sozialproduktes das Recht ihrer Mitglieder erstreiten. So wird es Aufgabe des neugewählten

Bundesvorstandes sein, durch eine sorgfältig koordinierte Wirtschaftspolitik dafür zu sorgen, daß alle Arbeitnehmergruppen den ihnen zustehenden Teil tariflich zugesichert bekommen.

Es ist auf dem Kongreß deutlich geworden, daß in diesem Zusammenhang eine zielstrebige Beamten- und Angestelltenpolitik des Bundes die Unterstützung aller Mitgliedsgewerkschaften des DGB fordert. Der DGB wird noch stärker als in der Vergangenheit beweisen müssen, daß er angesichts der Konkurrenz durch die DAG und den Deutschen Beamtenbund in der Lage ist, der bessere Vertreter von Beamten- und Angestellteninteressen zu sein.

#### *Ein starker Bund?*

Viele verantwortlich denkende Gewerkschafter hatten sich in den letzten Monaten und Wochen vor dem Kongreß darüber Gedanken gemacht, wie man bei der Neuwahl des Bundesvorstandes eine möglichst starke, die Einzelbestrebungen der Mitgliedsgewerkschaften koordinierende Politik des Bundes sicherstellen könne. Ein Antrag der Gewerkschaft ÖTV mit dem Ziel einer Verkleinerung des Vorstandes auf sieben Personen, die gemeinsam die Gesamtpolitik“ des Bundes bestreiten sollten, hätte den Bundesvorstand für eine solche zielstrebigere Führungsaufgabe zweifellos beweglicher gemacht. Dieser Antrag wurde allerdings während des Kongresses von den Antragstellern zurückgezogen, weil sich trotz monatelanger Bemühung für eine solche Lösung noch keine Einmütigkeit unter den 16 Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften erreichen ließ. Es blieb, wie bisher, bei neun Vorstandsmitgliedern. Der Kongreß hat es sich nicht leicht gemacht, unter den zur Wahl stehenden zehn Kandidaten diejenigen auszuwählen, die die Mehrheit des Kongresses für stark genug hielt, trotz des beibehaltenen alten Vorstandssystems eine neue kräftigere Politik des Bundes durchzuführen.

Denn alle Delegierten, die zur Frage der Vorstandswahl Stellung nahmen, betonten, daß eine Stärkung des Bundes unerläßlich sei. Wie sehr eine solche Stärkung für erforderlich gehalten wurde, ist nicht zuletzt auch an den Versuchen abzulesen, innerhalb des neugewählten Bundesvorstandes eine möglichst starke Repräsentanz bestimmter Gruppeninteressen, insbesondere Beamte, Angestellte und Frauen, sicherzustellen. Es ist aber auch gleichzeitig mit Recht darauf hingewiesen worden, daß man sich vor der Gefahr hüten müsse, aus dem Bundesvorstand eine „Versammlung von Abteilungsleitern zu machen“. Die erste und entscheidende Aufgabe des Bundesvorstandes wird es darum sein, möglichst schnell zu einem arbeitsfähigen Team zusammenzuwachsen, das zwar nach einem vernünftigen Plan die Geschäfte unter sich verteilt, aber gleichzeitig immer wieder alle Anstrengungen unternimmt, trotz der mannigfachen Spezialaufgaben eine gemeinsam zu verantwortende Gesamtpolitik des Bundes zu betreiben. Den Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften wird im Bundesvorstand die Verantwortung zufallen, ein solches Zusammenspiel der neugewählten Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands zu erleichtern und nach Kräften zu fördern.

Die erfreuliche Sachlichkeit der Beratungen und der Drang der Delegierten zur Auseinandersetzung über strittige Fragen sind Zeichen lebendiger gewerkschaftlicher Kraft. Mögen diese Merkmale des Kongresses zu den Eigenschaften gehören, die den neugewählten Bundesvorstand in seiner künftigen Arbeit auszeichnen.

#### KURT SIEVEKING

*Die Gewerkschaften sind ein großer Ordnungsfaktor im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Nation. Und diesem Faktor fällt eine um so größere Rolle zu, je mehr die wirtschaftliche Kraft der Nation sich entfaltet und eine Vielzahl neuer Energien zum Leben drängen.*